

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Siegener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ vierteljährlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Siegen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitungen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Fräulein
Universitäts- und Buch- und Steindruckerei,
K. Lange, Siegen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-
straße 7. Expedition und Verlag: 51.
Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Siegen.

Mb. Deutscher Reichstag.

250. Sitzung, Mittwoch, den 6. Mai.
Am Tische des Bundesrats: v. Falkenhayn.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr
15 Minuten.

Der Militärstat.

(Zweiter Tag.)

Abg. Rogalla v. Bieberstein (Kons.):

Die geistige sozialdemokratische Rede war sehr lang, aber sehr wenig inhaltsreich. (Sehr richtig!) Sie war nicht geeignet, das Ansehen des Heeres zu fördern. Das sollte sie wohl auch nicht. Herr Schulz hat den General Schenk angegriffen, der in Frankfurt auf einem Röhrenhandelsfest eine Rede hielt. Da Frankfurt sozialdemokratisch vertreten sei, sei Schenk gewissermaßen Gast der Sozialdemokratie gewesen. Das ist eine unglaubliche Annahme. (Der Präsident rügt den Ausdruck.) Die Generale haben nur das Gefühl, was jeder monarchisch denkende Mensch fühlt. (Sehr richtig! rechts.) Herr Schulz hat auch den Ton des Generalmajors Wild v. Hohenborn bemängelt. Der Generalmajor hat nur seine Pflicht getan. (Sehr richtig! rechts.) Die Heeresverwaltung war notwendig, Konfliktstoffe liegen immer noch in der Luft. Die Armee ist der Stolz des Vaterlandes und des ganzen Volkes. (Beifall.) Wir sind von der Durchführung der Wehrvorlage hoch begeistert. Beim Vorkesselfest kommen wir hoffentlich zu einer Verständigung. Die Soldatenmishandlungen verurteilen auch wir. Politik im Heere wünschen wir nicht, aber eine nationale Betätigung kann man niemandem verbieten. Hebertreibungen des Wehrebereins billigen wir nicht, man darf aber die nationale Arbeit, die er leistet, nicht verkenne. Hoffentlich werden die fehlenden Offizier- und Unteroffizierstellen bald besetzt.

Die gerechten Wünsche der Militärärzte verdienen Berücksichtigung. Bei der Eingliederung von Reservisten müssen die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande berücksichtigt werden. Die Vorkesselfestungen werden viel zu schlecht bezahlt. Zu unserem Leidwesen beharren sie bei der Besoldungsverlage, auf die viele Beamte schmerzlich warten, von der Kommission war einstimmig angenommen, von der Regierung aber abgelehnt worden. Leider ist wieder auch die Erhöhung der Stellensverhältnisse für die Offiziere gestrichen worden. Wir hoffen, daß es noch zu einer Verständigung kommt. Bei dem Anlauf der Wehrde ist schließlich Fehler gemacht worden. Wir wollen die Händler nicht ganz ausschalten, aber man hätte ihnen doch nicht so große Aufträge geben sollen. Ich möchte übrigens auch vor der ganzen Welt unterzeichnen, daß Deutschland sehr wohl in der Lage ist, den ganzen Wehrebereich der Armee vollständig zu decken. Wenn Anlauf von Rekruten kann der Händler jedenfalls entbehrt werden. Das ist nötig zum Schutz der deutschen Wehrmacht. Zu demselben Zwecke beantragen wir auch, daß die landwirtschaftlichen Verwaltungen die durchgänglichen Wehrkosten für eine Militärreform gemeinsam feststellen, damit eine entsprechende Summe zum Anlauf von Rekruten in den nächsten Etat eingestellt wird. Wir wünschen, daß die alten Traditionen der Armee, der Geist der Treue gegen Kaiser und Vaterland, immer erhalten bleiben mögen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.):

Nach den Mitteilungen des Kriegsministers können wir die Behauptungen von der körperlichen Entartung, namentlich der industriellen Bevölkerung, als wertlos bezeichnen. (Sehr richtig! links.) Ich hätte höhere Nachrichten, daß auf einzelnen Landratsämtern das Musterungsgeschäft nach konfessionellen Gesichtspunkten vorgenommen wird. (Hört, hört! links.) An einem Tage kommen die Protestanten und Katholiken heran, um nachzusehen, was geschieht mit den Reservisten? (Große Heiterkeit.) Wie soll das Musterungsgeschäft gehandhabt werden? Diese sollen auch gesellschaftlich den Offizieren vollständig gleichgestellt. Bezüglich des Ersatzes des Unteroffizierskorps habe ich keine Bedenken. Wir freuen uns, daß die Wehrevorlage so glatt durchgeführt worden ist. Das hat einen vorzüglichen Eindruck in der ganzen Welt gemacht. Hoffentlich dient das wirklich dem allgemeinen Weltfrieden. Der größte Dank gebührt dabei dem opferwilligen deutschen Volke. (Beifall.) Das sollten sich die neuen Herren in der Militärverwaltung merken. (Sehr gut! links.)

Die turbulente Agitation für neue Kriege gibt zu denken. Nicht die Völker, die Juristen, die Diplomaten sind die größten Feinde des Weltfriedens, sondern die pensionierten Generale. (Sehr richtig! links.) Hinter ihnen stehen die Rüstungsindustriellen! Und die Militärverwaltung hat nicht den Mut, offen gegen diese Treibereien aufzutreten. (Zurufe: Weiber!) Mit welcher Strupplosigkeit geht man gegen das Parlament! Keim behauptet, der deutsche Michel leide an Herzverfälschung. Gewisse Leute scheinen aber an Verfolgungswahn zu leiden. (Sehr gut! links.) Den Grafen von Hertling hat man wie einen Schuljungen abgefängelt! Der Wehrebereich behauptet, daß trotz der Milliardenvorlage die Sachlage schlechter sei als im vorigen Jahre. Welche Torheit! Gebet dazu, in dieser Weise den fremden Chauvinismus geradezu aufzupeitschen. Das Recht zu schreiben ist für Offiziere in geradezu verfassungswidriger Weise beschönigt. Diejenigen, die Kritik üben wollen, werden daran gehindert. Schreiben dürfen nur diejenigen, die immer neue Ausgaben fordern. So hat man sich den General Keim als Zuchtrate selbst herangezogen. Die rae de nombre ist eine große Gefahr. Die französischen Verhältnisse sollten uns doch warnen. Wir müssen ein tüchtiges Reserve- und Unteroffizierskorps heranziehen. Die Militärverwaltung muß sich mit der Turnerschaft in Verbindung setzen zur Hebung der körperlichen Tüchtigkeit der Reserveoffiziere. Soziale und konfessionelle Vorurteile müssen fallen. Wir verlangen Achtung vor den staatsbürgerlichen Rechten der Reservisten. Hier kann der Kriegsminister zeigen, ob er ein moderner Mann ist. (Sehr richtig!) Gerade vom Standpunkt einer energiegelben Befähigung der Sozialdemokratie behaupte ich den Fall Stöcker in Frankfurt. Damit schafft man politische Richter. (Sehr richtig! links.)

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, daß keiner, der Soldat gewesen sei, staatsfeindliche Bestrebungen unterstützen darf, so möchte es ihr doch das Gerechtigkeitsempfinden gebieten, auch gegen die Herren Kahlert, Dade, v. Bollo und Vogt-Hall einzuschreiten. Der Kriegsminister hat eigentlich die denkbar günstigste Lage vorgefunden. Wenn ihm nur nicht die böse Gelbentat der Herren v. Reuter und v. Porstner in die Quere gekommen wäre! (Heiterkeit links.) Der Reichstag, der die Wehrevorlage bewilligt, hat in seinen Resolutionen den Kurs angegeben, den die Militärverwaltung einhalten sollte. Da entstand eine beispiellose Hebe gegen das deutsche Parlament, weil es Wehrevorläge zugunsten des deutschen Volkes gefaßt hatte. Die

Rede des Grafen Nord im Herrenhause war diktiert von fränkischer Gespensterei und würde lächerlich sein, wenn der Parlamentarismus darin nicht so gefährlich wäre. (Sehr richtig! links.) Es wird absichtlich mit Reich auf einen künftigen großen Verfassungskonflikt hingearbeitet. (Beifall.) Zustimmung links.) Das Auftreten des Grafen Nord hat Schule gemacht. Wir haben das bei Beantwortung der letzten Anfrage erlebt, daß der Regierungsvortrag nach seinem Muster erfolgte, wobei der Reichstagsleiter noch der Reichstag seien in Sachen der Truppenausbildung zuständig.

Die Konsequenz wäre einfach, daß tatsächlich alle militärischen Fragen den Reichstag überhaupt nichts angingen. (Sehr richtig! links.) Aber diese Versuche, die Rechte des Parlaments einzuschränken, weisen wir mit aller Schärfe zurück. (Beifall.) Zustimmung links.) Zwischen den scharfen Angriffen des Kollegen Schulz und den allzu regierungsfreundlichen Ausführungen Erzbergers möchte ich die Mitte halten. (Heiterkeit.) Die abweisende Haltung der Regierung gegenüber unseren Resolutionen war von einer an Grobheit grenzenden Formlosigkeit. (Große Heiterkeit.) Sobald ein Offizier vor Gericht steht, wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen, selbst wenn es sich um einen Offizier handelt, der nicht mehr im Dienst ist, und dessen Vergehen gar nichts mit militärischen Dingen zu tun hat. Die Behauptung, es gebe keinen Luxus in der Armee, steht im großen Widerspruch zu den letzten großen Wucherprozessen. An dem einen waren über hundert Offiziere beteiligt. (Hört, hört! links.) Auf unseren Befehl, daß religiöse Hebertreibungen kein Hindernis für das militärische Fortkommen bilden dürfen, haben wir vorläufig nur eine Statistik erhalten. Das sieht aber wie eine Verhöhnung des Parlaments aus! (Sehr richtig! links.) Wir haben dann noch in so und so vielen Regimenten, namentlich in Berlin, adlige Offizierskorps. Wir haben alle Rekrutementen — die Garde- und Leibregimenter — und noch andere, die erst seit 1870 rein adlig geworden sind. Die Jurisdiktion der bürgerlichen Elemente ist ein schweres Unrecht an der ganzen Armee. Die paar Konzeptionschulzen machen es nicht gut. Es muß zur Reform der Ehrengerichte etwas geschehen. Das heißt Ehrengerichtswesen ist ein Hohn auf ein modernes Rechtsverfahren. Die Militärverwaltung geht nicht energisch genug gegen die Soldatenmishandlungen vor. Man hat schon einen Eklat davon, diese zum Teil sadistischen Geschehnisse hier freizutreten. Bayern hat einen vorzüglichen Erfolg gegen diese Mishandlungen herbeigeführt. Hier kann Preußen lernen.

Im Fall Zabern hat der Reichstag das klare Recht des deutschen Bürgertums gestiftet. (Sehr richtig! links.) Zehntausende haben sich in einen Keller hineinbegeben lassen und ihr eigenes Recht mit Füßen getreten. Die neue Militärverwaltung ist ein Fortschritt, wenn auch ein geringer. Die Hauptsache ist, daß die Kabinetsorder von 1820 aufgehoben ist. Die Zivilgewalt hat in Zukunft die Entscheidung allein, ob die Zivilgewalt der Sachlage gewachsen ist, oder ob sie militärische Hilfe benötigt. Diese Frage muß aber gesetzlich geregelt werden. Besteht noch ein Geheimverhältnis über die Unterdrückung innerer Anzeichen? (Der Kriegsminister schüttelt den Kopf.) Der Kriegsminister verneint also. Die Autorität der öffentlichen Gewalt beruht auf der Autorität der Wehr. Die Angst des Reichstagslers vor dem Fetisch der Kommandogewalt war das Auffällige und Bedenkliche an der ganzen Affäre. Wie mächtig das Militärkabinett ist, beweist die Art, wie es mit dem Reichstag umspringt. Die Stellung des Kriegsministers ist die staatsrechtlich zweifelhafteste, die es gibt. Eine Kommission sollte die Verantwortlichkeit des Kriegsministers abgrenzen. Die Stellung des Militärkabinetts ist vollständig verfassungswidrig. Hier handelt es sich darum, ob die Armee ein Staat im Staat sein soll. Leider besteht heute noch eine Kluft zwischen Teilen der Armee und weiten Kreisen des Volkes. Die Kluft geht auch an die Türen der Armee. Die Armee muß in Einklang gebracht werden mit der neuen Kultur. Je moderner und sozial gerechter der Kriegsminister sein wird, desto leuchtender wird das Sein der Armee, Volk und Vaterland. (Beifall.)

Abg. Hegenfeldt (Sp.):

Auch wir sagen dem Kriegsminister Dank und Anerkennung. Wir hoffen, daß wir auch im Ernstfalle völlig bereit sein werden. Unsere finanzielle Kriegsbereitschaft ist klar erwiesen. Für die politisierenden Generale sind wir nicht verantwortlich. Sie handeln aber aus reiner, lauterer Absicht. Ihr heiliges Bemühen ist es, Aufklärung zu schaffen und dem Vaterlande zu nützen. Dr. Müller-Meiningen konnte vom Wehrebereich noch manches lernen. Er sollte sich hüten, Vergleiche mit Frankreich anzustellen, zu denen ihm die Grundlagen fehlen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß durch die Durchführung der Wehrevorlage unsere Volkskraft noch nicht erschöpft ist. 40 000 mehrjährige Männer konnten nicht verwendet werden. An der kaiserlichen Kommandogewalt wollen wir unbedingt festhalten. Keine Politisierung, aber auch keine Demokratisierung des Heeres! Disziplin ist die erste Anforderung, die wir an dieses Heer stellen müssen. Die soll aber willig geleistet werden. Wir sind deshalb den Angehörigen des Heeres, seinen Unteroffizieren und Offizieren alle Sympathie schuldig. Der Jugendbewegung sollte auch die Kriegsverwaltung ihre Aufmerksamkeit schenken.

Abg. Werner-Hersfeld (Deutsch-völkische Part.):

Oberst v. Reuter hat deshalb Anerkennung gefunden, weil er wie ein echter deutscher Offizier gehandelt hat. Die Abschiedsrede des Kronprinzen an seine Dantziger Gutsaten ist viel kritisiert worden. Wir haben für die kräftigen männlichen Worte des Kronprinzen volles Verständnis. Der Redner bringt Wünsche der Militärärzte, der Zahnmeister und der Zintendurbeamten vor. Gegen die Werbungen der Fremdenlegion in Deutschland muß etwas geschehen.

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Nachdem nunmehr die Vertreter sämtlicher Parteien zu Wort gekommen sind, will ich zu ihren Anregungen, Ansichten und Darlegungen Stellung nehmen. Ob es mir gelingen wird, alle vorgetragenen Fragen schon heute restlos zu erledigen, will mir zweifelhaft erscheinen. Von den verschiedensten Seiten ist mir hier die Notwendigkeit aus Herz gelegt worden, die leider immer noch vorfindenden Mängel in den Unterabteilungen durch Vorschläge oder ältere Kameraden einzubringen. Dabei hat der Redner der sozialdemokratischen Partei gemeint, er sei begierig zu erfahren, wie ich mich zu der Erklärung des Generals von Einem, in der dieser seinen Absichten gegen die Mängel in den Unterabteilungen geäußert habe, stellen würde. Ich konnte eine solche Frage als eine schwere Beleidigung betrachten. (Sehr richtig!) Denn in ihr liegt doch die Supposition vor, daß ich mich möglicherweise anders in dieser Frage ver-

halten könnte, als der damalige Kriegsminister und jeder Kriegsminister überhaupt, daß ich möglicherweise versagen könnte, derartige Soldatenmishandlungen zu verhindern oder zu entschuldigen. Nicht nur in meiner Brust, sondern in derjenigen jedes Mannes, der in der Armee an irgend einer verantwortlichen Stelle steht, lebt der Abscheu gegen dieses Vergehen. (Beifall.) Und jeder vom höchsten bis zum niedrigsten ist bemüht, soweit das in seinen Kräften steht, diese Vergehen einzubäumen. (Beifall.)

Ähnliche Erfolge wie der des bisherigen Kriegsministers existieren auch beim perussischen und bei den sonstigen Generalkommandos. Wenn Sie das nicht glauben sollten, so verifizieren Sie, daß Sie sich im Irrium befinden. Der Kampf gegen die Soldatenmishandlungen wird in der ganzen Armee geführt. Erst bei dem Rekrutenaufnahme hat der Kaiser den kommandierenden Generalen in erster Reihe vor Augen geführt, wie nötig es sei, in diesem Kampfe nicht nachzulassen. Wenn noch kein voller Erfolg erzielt ist, so liegt dies daran, daß wir es nicht mit spezifisch militärischen Eigenschaften, sondern mit allgemein menschlichen Fehlern und Schwächen zu tun haben. Ein interessantes Licht auf diese Frage wirft die Tatsache, daß, während auf je 1000 Köpfe der Elbstärke im Jahre 1912 eine Soldatenmishandlung mit Körperverletzung kam, die Zahl der Körperverletzungen in derselben Altersklasse von 20 bis 30 Jahren unter der männlichen Bevölkerung das Doppelte beträgt. (Hört, hört! rechts.) Sie sagen, der Vergleich hinkt. (Sehr richtig! links.) Das tut jeder.

Ich will, daß belone ich nochmals, nichts beschönigen oder verharmlosen, sondern will nur erklären, daß man, wenn man ein Hebel helfen will, seine Gründe kennen lernen muß. Der Eindruck, daß sich die Fälle von Mishandlungen gehäuft haben, ist unrichtig. Ich muß allerdings zugeben, daß in letzter Zeit einige besonders traurige Fälle vorgekommen sind, die jeden empören müssen. Aber der Eindruck der Häufung beruht fälschlich nicht auf der Zahl der Fälle, sondern auf der Agitation, die mit jedem Einzelfall getrieben wird. Wie man dabei vorgeht, zeigt das offizielle Organ der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“. Vor einiger Zeit hat dieses Blatt wohl mit einem Blick auf die gegenwärtigen Verhandlungen unter dem Titel „Deutsche Kaiserentartung“ eine Zusammenstellung von Mishandlungsfällen gegeben. Darunter finden sich aus den letzten fünf Vierteljahren sieben Mishandlungen durch Offiziere.

Diese Zahl hat mich trübe gestimmt, sie erschöpft auch nicht einmal alle Fälle; aber einen gewissen Trost habe ich darin gefunden, daß ich gleichzeitig die Nachweisung erhielt, daß im letzten Vierteljahr neun Offiziere Auszeichnungen für Lebensrettungen und Hülfsleistungen bei Notständen erhalten haben. Diese Fälle habe ich im „Vorwärts“ nicht gefunden. (Beifall.) Widerspruch bei den Sozialdemokraten! Das beweist, daß es dem genannten Organ nur auf die Verhöhnung ankommt. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) — Sehr wahr! rechts.) Würde das Blatt die Wahrheit sagen, dann würden seine Leser dahinter kommen, daß im Heere ebenso wie im Volke Licht und Schatten besteht. Wir werden bemüht sein, den Schatten in Licht zu verwandeln. Wir werden mit allen Mitteln die systematischen Mishandlungen aus der Armee zu entfernen bestrebt sein. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nur die systematischen!) Ich sage systematischen Mishandlungen im Gegensatz zu den zufälligen durch einen Stoß oder einen Anfall. Das ist doch ein unangehörter Unterschied. (Unruhe links.) Damit kann ich das Thema verlassen. Den guten Willen, die Mishandlungen so zu behandeln, wie Sie es wünschen müssen, und wie es jeder von uns in der Armee wünscht, habe ich Ihnen gesagt. (Beifall rechts.)

Es ist dann von den neuen Vorschriften über den Waffengebrauch gesprochen worden. Die alten Vorschriften waren unter Bezugnahme der Kabinetsorder von 1820 ausgestellt worden und waren, wie schon der Reichstagsler erwähnte, fast ein Jahrhundert in Kraft gewesen, ohne daß ein einziges Beispiel mißbräuchlicher Anwendung oder eine einzige Klage über ihre Anwendung überhaupt bekanntgeworden wäre. Ich glaube, diese einfache Tatsache sollte genügen, um die gegen die Vorschriften von den Rednern der Sozialdemokratie erhobenen leibenschastlichen Anklagen und Vorwürfe einigermaßen als Hebertreibungen zu kennzeichnen. Jedenfalls darf ich mit gutem Gewissen die Anerkennung für die Militärbehörden aller Grade — in der Vergangenheit! — in Anspruch nehmen, daß sie 100 Jahre lang die Vorschriften jederzeit im Geiste der staatlichen Ordnung und der Gerechtigkeit gehandhabt haben. (Sehr wahr!) Dabei leugne ich durchaus nicht, sondern erkläre mir an, daß ein großer Teil des Verdienstes hieran den Zivilbehörden und der Bevölkerung allgemein gebührt.

Dies Verdienst beruht ursprünglich auf dem Ordnungsinstinkt und Staatsgefühl in Preußen und beruhte später auch auf dem Gefühl unbedingter Zusammengehörigkeit zwischen dem deutschen Volke und dem deutschen Volkshero, — auf diesem Gefühl, an der alle antinationalen und antimilitarischen Wählerreien noch für lange Jahre nichts ändern werden. (Beifall rechts und links.) Und in der Mitte, Unruhe bei den Sozialdemokraten! An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, bei dieser Frage allein in Betracht käme, so könnte nach dem vorher Gesagten kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß ein trefflicher Grund zur Aufhebung der alten Dienstvorschriften eigentlich nicht vorlag. (Sehr richtig.) Indes die Welt ist seitdem geworden. Es genügt nicht, daß die Bestimmungen ausreichen, sie sollen jetzt auch allen theoretisch konstruierten Fällen angemessen sein. Die Polemik, die sich an die Vorgänge von Zabern knüpfte, zeigte, daß die alten Dienstvorschriften dieser Anforderung jedenfalls nicht gerecht wurden.

Die Dienstvorschrift enthält einige selbstverständliche Befugnisse des Militärs überhaupt nicht, weil sie eben selbstverständlich waren. (Sehr richtig!) Andererseits gab sie die Aufgaben des Militärs, bei Unruhe ohne Aufforderung der Zivilbehörde einzuschreiten, in einer Form wieder, die, da sie das Eingreifen an gewisse subjektive und objektive Voraussetzungen gleichzeitig band, allerdings zu unerwünschten Auslegungen führen konnte. Hebertreibungen hatte sich aber auch ein bedenklischer praktischer Mangel insofern herausgestellt, als sie in den 40 Jahren nicht auch ausdrücklich im Reichslande eingeführt war. Aus diesen Gründen hat der Kaiser in Anwendung des ihm ausschließlich zustehenden Rechtes, Dienstvorschriften für das Heer zu erlassen, eine Neubearbeitung der Bestimmungen angeordnet, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Ihre Herabgabe wurde dadurch etwas erschwert und verzögert, daß es sich um ein Gebiet handelt, dem die Landesgesetzgebung die Grundlagen gegeben hat, woran natürlich nichts geändert werden sollte.

Es war deshalb ein Wortlaut zu finden, der in den in Betracht kommenden Bundesstaaten jedem staatsrechtlichen Bedenken begegnete. Man mußte darauf acht geben, alles das in die Vorschrift aufzunehmen, was in den einzelnen Bundesstaaten infolge der dortigen Rechtslage hätte aufgenommen werden können. Die neue Vorschrift ist also nichts anderes als eine Zusammenfassung allgemein anerkannter Rechtsnormen.

zum Zweck der Instruktion der Militärbefehlshaber. Sie hat Geltung für die preussischen, sowie die unter preussischer Verwaltung stehenden Königtümer, außerdem für alle im Reichslande lebenden Königtümer. Soweit in einigen Bundesstaaten kleine Zusätze, ohne den Charakter der Vorschrift zu ändern, nötig waren, sind sie durch besondere Verordnungen den Truppen mitgeteilt worden. Wenn ich recht unterrichtet bin, geben die Vorschriften für sein Heer zu übernehmen. Wie Bayern und Württemberg sich endgültig dazu stellen, ist mir noch nicht bekannt. Auf den ersten Teil der Bestimmungen brauche ich nicht mehr einzugehen. Er enthält lediglich Bestimmungen, die die notwendige Folge der bestehenden Gesetze und des Rechtszustandes sind. Dasselbe trifft auch für den zweiten Teil zu. Trotzdem möchte ich den darin behandelten Fall des Eingreifens des Militärs bei Unruhen doch mit einigen Worten berühren, weil er zu vielen Erörterungen hier Veranlassung gegeben hat. Ein solches Eingreifen darf nur erfolgen auf Ansuchen der Zivilbehörde oder wenn diese bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit infolge äußerer Umstände außerstande ist, die Aufforderung erteilen zu lassen. Dabei ist natürlich Voraussetzung, daß nicht etwa einer der im ersten Teil behandelten Fälle vorliegt. Das ist ja aber selbstverständlich. Durch diesen Vorbehalt ist eine völlige Klare Abgrenzung der Befugnisse der Zivil- und Militär-gewalt angedeutet und hoffentlich auch erreicht worden.

Hier liegt nicht die Absicht zugrunde, die Mitwirkung des Militärs bei Unterdrückung innerer Unruhen auf da auszu-schließen, wo sie leider, um noch schlimmeres zu verhüten, nötig werden sollte. Wohl aber war die Absicht maßgebend, das Recht und die Pflicht der Zivilbehörde, selbstständig und unabhängig für Ordnung zu sorgen, solange sie überhaupt noch verfügungs-fähig ist, nicht zu beeinträchtigen. Jegliche weitere Erklärung der Vorschriften zu geben, bin ich nicht imstande und ich lehne alle Versuche, die zu diesem Zweck gemacht werden sollten, ab. Es ist ausschließlich Sache des einzelnen Militär-befehlshabers in gegebenem Falle zu beurteilen, ob die Bedingungen der Vorschriften vorliegen oder nicht. Sie werden bei ihrer Entfaltung sich vor ihrem König und dem Gesetz zu verant-worten haben.

Niemand kann ihnen dabei helfen, wie ihr eigenes Gewissen und ihr eigenes Urteilsvermögen. (Beifall rechts.) Ich möchte aber keinen Augenblick, daß jeder deutsche Militärbefehlshaber, ge-tragen von dem Bewußtsein, daß die ihm anvertraute Macht die ultima ratio regis und zugleich des Vaterlan-des ist, sie auf Grund der neuen Vorschriften so zu verwenden wissen wird, wie es zum Heile der Ordnung und des inneren Friedens notwendig sein wird. (Beifall.) Man hat hier von verschiedenen Seiten eine Erklärung der Gesetzesverordnungen darüber verlangt, wie sie sich zum Wehrverein, zu dessen Bestimmungen und den für ihn tätigen allen Offizieren stellt. Die Gesetzesverordnung hat zu dem Wehrverein keinerlei Beziehungen. (Hört! Hört!) und lehnt es entschieden ab, in irgend einer Weise für ihn verantwortlich gemacht oder dazu gedrängt zu werden, einen Einfluß auf ihn auszuüben. Wahr-scheinlich würde übrigens ein solcher Versuch fluglos ablaufen, denn soweit ich unterrichtet bin, sind die Herren des Wehrvereins auf ihre Unabhängigkeit ganz außerordentlich stolz. (Heiterkeit.) Gesetzesverwaltung und Wehrverein haben also gar nichts mit-einander zu tun. (Lachen bei den Togen.)

Diese Tatsache ändert aber nichts daran, daß das allgemeine Ziel des Wehrvereins: Erhebung der Wehrkraft des Reiches! sich mit der vornehmsten Aufgabe der Gesetzesverwaltung deckt. (Sehr richtig! rechts.) Es wäre deshalb geradezu unnatürlich, wenn die Gesetzesverwaltung anstatt einer völlig neutralen Haltung eine feindselige Haltung zum Wehrverein einnehmen wollte, nur des-mogen, weil dieser Verein einem und allen ja gemeinsamen Ziele auf Wegen zutrifft, die nicht die der Gesetzesverwaltung und nicht die einiger Parteien sind. (Beifall rechts.) Können die Parteien ihren Haß unter sich ausmachen. Wir müssen und nicht davor. Noch weniger kann die Tatsache, daß die Gesetzesverwaltung mit dem Wehrverein nichts zu tun hat, daran etwas ändern, daß meh-rere der führenden Männer dieses Vereins einst zur Armee ge-hört und wie alle alten Kameraden kameradschaftlich noch jetzt zu ihr gehören, solange sie nichts Unehrenhaftes tun. Daß aber ihre Tätigkeit im Wehrverein etwas Unehrenhaftes sei, das wird selbst Herr Dr. Müller-Meiningen nicht behaupten wollen. (Heiterkeit.)

Es ist darum verständlich, worauf man die Forderung stützen will, die Armee solle diese alten Offiziere von sich ab-schütteln, sie also kameradschaftlich oder gesellschaftlich boykot-tieren. Wer eine solche Forderung aufstellt, der weiß nicht, wie hart die Bande sind, die sich um die Armee und ihre alten Kameraden schlingen. Ich meine die Bande der Treue und der Dankbarkeit für das, was die Alten für uns geleistet haben. Im übrigen wird jeder Versuch von jeder Seite, Soldat in die Armee oder das Offizierkorps zu tragen, unter welchem Vorwand es auch sei, auf das entschiedenste abgelehnt werden. Sollte in der Versammlung des Wehrvereins in Straßburg, von der hier die Rede war, von politischen Fragen gesprochen worden sein, so wird keiner mehr seine Anwesenheit dort bedauert haben, als der General von Deimling und die 60 Offiziere, die neben ihm dort waren. (Lachen und Rufe: Na, na! b. d. Toge.)

Der Abg. Erzberger hat uns die Sparsamkeit bei Wahlen und Herz gelegt. Er weiß, daß die Gesetzesverwaltung auf dem Wege ist, in dieser Beziehung Fortschritte zu machen. (Große Heiterkeit.) Und er kann sich darauf verlassen, daß wir uns bemühen werden, durch eine schleunigere Bauweise die Mittel zu sparen, die bei langsamen Bauten zu Hunderttausenden ver-schwendet werden.

Wir sind auch seit Jahren bemüht, jedem Unteroffizier seine eigene Stube in der Kaserne zu verschaffen. Die Anrechnung der Studienzeit auf das pensionsfähige Dienstalter der Sanitäts-offiziere wird sich leider nicht durchführen lassen, dagegen schreiben unsere Ermahnungen, wie den Sanitäts-offizieren auf andere Weise geholfen werden kann. Die Angelegenheit wird von uns nach Möglichkeit beilehnt werden, und es ist nicht an-ge-schlossen, daß wir schon bei der dritten Lesung mit positiven Vor-schlägen hervortreten werden. (Beifall.) Eine soziale Erhebung haben unsere Sanitäts-offiziere nicht mehr nötig, und die Aufnahme im Kameradenkreise ist ganz dieselbe, ob es Sanitäts-offiziere oder andere Offiziere sind; da gibt es keinen Unterschied! (Lachen links und Rufe: Na, na!). Wenn besondere Bestimmungen für diese Offiziere bestehen, so sind sie auf den eigenen Wunsch der Sanitäts-offiziere erfolgt. Der Abg. Bassermann hat die An-nahme des Preßreferats empfohlen. Ich kann mich ihm nur anschließen. (Heiterkeit.) Wenn der Abg. Erzberger daran die Voraussetzung knüpfte, daß 4 verlässliche, das Preßreferat werde nicht zu parteipolitischen Zwecken benutzt, so ist diese Voraus-setzung hiermit erfüllt. (Erneute Heiterkeit.)

Ich möchte endgültig den Vorschlag machen, das Preßreferat nicht mehr Preßreferat zu nennen, sondern, was es eigentlich ist, die Nachrichten-sammelstelle und Nachrichten-aus-gabestelle. Der Titel „Preßreferat“ ist in die Staatsvor-schläge hineingekommen, weil wir es für wünschenswert hielten, zu zeigen, daß wir dem Hause der Presse entgegengekommen sind, in dem wir auch die Wünsche des deutschen Volkes zu er-kennen glauben. (Sehr richtig! rechts, Heiterkeit links.) Der Abg. Bassermann hat sich für die Bildung von Kavalleriedivi-sionen ausgesprochen. Ich darf nicht verhehlen, daß ich in be-zug auf diese Angelegenheit mich annähernd so skeptisch verhalte wie mein Vorgänger. Zuvor bin ich durchaus einverstanden mit dem Abg. Bassermann in der Betonung, daß es notwendig sei, Stellen zu schaffen, die wir im Kriege an die Spitze der neu auf-zustellenden Kavallerieverbände zu setzen haben. Auf diesem Wege wird weiter vorgegangen werden, und ich hoffe, daß er zu einem Ziele führen wird. Darüber kann kein Zweifel sein, daß die Tä-tigkeit der Kavalleriedivisionen im Kriege durch geschwundene Vor-stellung im Frieden und durch Übungen in jedem Jahr zusam-menzustellenden Verbänden gefördert werden muß.

Es ist gefordert worden, die Ausbildungskasse im Kriegsministerium zu bewilligen. Ueber die Ablehnung der Stelle würde man ja schließlich hinstimmen, trotzdem ich im Interesse und im Sinne unserer alten Kameraden auf das tiefste bedauern würde, wenn Sie mir die Mittel nicht zur Ver-fügung stellen würden. Aber über eins bin ich gestern doch schlecht hinweggekommen: Daß sich der Redner der sozialdemo-krischen Partei für befugt erachte, mit Hohn über diese Einrich-tung zu sprechen, mit Hohn darüber, daß wir den allen Offizieren eine Beschäftigung geben wollen. Im das bishen Geld handelt es sich nicht, sondern darum, daß diese Offiziere mit ge-richteten Weinen in jungen Jahren dastehen und dem Reich des Nichtstuns ausgeliefert sind. (Beifall rechts, Wider-spruch b. d. Toge u. Rufe: Das zu behaupten ist uns gar nicht einge-fallen!) Das schließt sich nur dem an, was ich Ihnen heute aus dem „Vorwärts“ vorgelesen habe. Der Abg. Dombod hat bemängelt, daß politische Rekruten lediglich wegen ihrer poli-tischen Abstammung zurückgewiesen worden sind. Ich kann das so schnell nicht nachprüfen, daß aber irgendeiner aus der Armee sich dazu hergibt, kann ich nicht annehmen.

Ich bitte den Abg. Dombod, mir das Material zu übergeben; ich hoffe, daß es auf besseren Füßen steht als sein Material; darüber, daß politische Eltern nicht mit ihrem Sohne auf dem Totenbette hätten politisch reden können. Die Verfügung befragt lediglich, daß in der Kaserne deutsch gesprochen werden soll, nicht, daß Eltern verboten wird, mit ihrem Sohne politisch zu sprechen. Die Frage der Remontie-erfolgung verfolge wir mit aller Aufmerksamkeit. Ich habe bereits unsere Absichten in der Budgetkommission dargelegt, und ich hoffe, daß die Anstände, die bei den großen Anfällen im vorigen Jahre vorgekommen sind, verschwinden. Der Abg. Müller-Meiningen hielt es für nötig, uns hier eine Kabinetsorder vor Augen zu führen, die schon 1910 der Abg. Ledebour — wenn er im Hause wäre, würde er Ihnen das bestätigen — vorgelegt hat und in der es heißt: „Sie (die Bürger) sind es, und nicht ich, die die Armee unterhalten.“ Mein Vorgänger hat schon am nächsten Tage festgestellt, daß schon 1896, durch den damaligen Kriegs-minister, festgestellt worden ist, daß diese Kabinetsorder eine Fälschung ist. (Beifall. Hört! Hört! Zurufe links: Leider!) Die Kabinetsorder war nicht nötig, was darin steht, weiß jeder Offizier. (Lachen und Widerspruch links.)

Dr. Müller hat behauptet, daß die Musterungen nach Konfessionen erfolgen. Das klingt so abenteuerlich, daß ich kaum wage, es zu glauben. Ich wäre für Beweise dankbar. Im Sinne der Gesetzesverwaltung wären solchen konfessionellen Be-urteilungen nicht. Solche Vorgänge werden abgestellt werden. Dr. Müller meinte dann, die Verantwortung der Resolutio-nen des Reichstags enthalte die Absicht, die parlamentarischen Rechte einzuschränken. Niemandem, der daran gearbeitet hat, ist das in den Sinn gekommen. Ich wünsche nur, daß auch auf der anderen Seite für wohlgegründete Rechte dieselbe Achtung besteht, die bei der Gesetzesverwaltung für die Rechte des Parla-ments lebendig ist. (Beifall rechts.) Dr. Müller hat dann nach-weisen wollen, daß die Garde bevorzugt wird, daß von der Garde mehr Herren zur Kriegsakademie einberufen werden, als von der entsprechenden Zahl Linienregimenten.

Diese Erscheinung hatte den Chef des Generalstabs im vorigen Jahre zu einem ganz berechtigten Versuch be-wogen. Die Arbeiten zur Kriegsakademie mußten alle ohne Namen und Zeichen eingereicht werden. Das Resultat war leider daselbe, daß nämlich von der Garde wieder mehr einberufen wurden. Das ist nicht überraschend. Es ist seit alter Zeit in diesen Regimenten der Zug zu wissenschaftlicher Ausbildung besonders ausgeprägt. (Große Heiterkeit.) Dr. Müller hat dann die ehrengehaltliche Verordnung einen Hohn auf die Gerechtigkeit genannt. Diese Verordnung besteht zu Recht. Es ist daher nicht angemessen, zu Recht bestehende dienstliche Vor-schriften mit davorliegenden Ausdrücken zu belegen. (Sehr richtig! rechts — Unruhe links — Ledebour: Nur immer feste druff! — Große Heiterkeit.) Dr. Müller hat mich dann nach einem Ge-heimerlaß gefragt. Ich habe keinen erlassen. Ich wäre ihm dank-bar, wenn er mir nähere Anhaltspunkte geben würde.

Rum hat Herr Schulz geknirscht, daß die Sozialdemo-kratie einen Haß gegen das Heer nährt. Ich will Ihnen das Protokoll für die sozialdemokratischen Jugend-organisationen, Stuttgart 1907, vorlesen. Da heißt es: „Vor allem soll auch der militärische Geist des deutschen Volkes zermürbt und zerstört werden.“ (Hört! Hört!) Wozu die Jugendvereine ganz besonders geeignet sind. In dieser Beziehung haben die jungen Leute jeden Dienst mit der Waffe mit Ekel und Abscheu zu erfüllen. (Hört! Hört! rechts und Pfaufrufe.) Wenn sie sich dann zum Militärdienst stellen, so werden sie zur Desorganisation schon das Nötige beibringen. (Hört! Hört! rechts.) Sorgen wir dafür, daß die internationale Jugend-bewegung im antimilitaristischen Kampfe eine ehrenvolle Rolle spielt.“ (Hört! Hört!) Wenn aus diesen Worten kein Haß spricht, dann weiß ich nicht, was das ist. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe diese Worte angeführt, um auf den Fall Stöcker zu kommen. Entsprechend dieser Vorschrift hat der junge Mann vom 17. bis 20. Jahre seine Agitation getrieben. Die Art seiner Agitation war diesen Vorschriften entsprechend. (Zuruf der Toge: Nennen Sie Tatsachen!)

Die Tatsachen können Sie jederzeit einsehen. Wir können in der Armee nicht Leute brauchen, als Einflüßler, (Zuruf der Toge: Ach so!) die so ausgesprochen die Unterwühlung der Grundlage der Armee im Auge haben. (Sehr richtig! rechts.)

Es wurde hier schon von der sehr ältlichen Preßkampagne ge-sprochen, die aus Anlaß einer Übung in Tübingen ein-geleitet wurde. In der jüngsten Anfrage, ob bei einem Regiment in Straßburg so und so viele Leute gestorben sind oder sich selbst ermordet hätten, glaubte ich einen Teil des Geldes zu sehen, der in den Preßerzeugnissen hervortrat. Deshalb habe ich meinen Kom-missaren Anweisung gegeben, so zu antworten, wie es geschehen ist. Ich trage die Verantwortung für die Antwort, und ich bitte, die Vorwürfe mir zukommen zu lassen. (Ledebour: Was heißt das?) Das heißt, daß ich die Verantwortung trage. Wenn eine Erklärung der Regierung verlesen wird, dann bitte ich nicht die Kommissare anzuklagen, sondern die Angriffe auf die-jenigen zu richten, die daran Schuld sind. Herr Schulz sagte, die Sozialdemokratie wolle von dem Heere nichts Schlimmes. In dem-selben Atemzuge sagte er aber auch, er und seine Partei erstreben die Republik. Und dann wundern sich die Sozialdemokraten, wenn ich als Vertreter eines Heeres, das auf die Mo-narchie aufgebaut ist (großer Lärm der Toge) mich gegen diese Agitation wende, und mich gegen diese Hege aus-spreche. (Erneuter großer Lärm der Toge.)

Ich meine die Hege außerhalb des Hauses. Herr Schulz hat sich veranlaßt gesehen, uns Soldaten und den anderen Herren hier im Hause als Zeugen für die Tätigkeit sozialdemokratischer anti-militaristischer Agitation die Geister Gneisenaus und Scharnhorst zu beschwören. Ich mußte in dem Augenblick nicht, was ich sagen sollte. Ist ihm denn die Geschichte nicht? Weiß er denn nicht, daß die ganze Tätigkeit dieser Männer erfüllt war von größter Vaterlandsliebe, daß sie für ihre Nation tam-pyten und starben, und für ihren König auch? (Beifall rechts.) Diese Männer haben es richtig angefangen. Sie haben gezeigt, wie man es besser machen kann. Sie hier aber, zeigen uns nur das, was wir alle schon wissen, und vergrößern und verallgemeinern es und tragen es ins Volk und verheben das Volk gegen uns. (Zustimmung rechts — Lärm der Toge.) Schließlich hat Herr Schulz einen Vergleich gezogen zwischen den Heeren, die in Zukunft kämpfen werden und denen, die früher gekämpft haben. Wenn der Abgeordnete andeuten wollte und wenn es wahr wäre, daß unser Kulturfortschritt es dahin gebracht hätte, daß wir nicht mehr mit demselben Vertrauen auf unser Heer in den Krieg ziehen könnten, mit dem unsere Väter auf das Heer von 1870 so? — wenn das wahr ist — verzweifeln Sie mir das Wort.

dann kann mir die ganze Kultur gestohlen bleiben. (Große andauernde Heiterkeit.) Das ist aber nicht wahr, ich wiederhole es — sondern wir können uns darauf verlassen, daß, wie unsere Väter gekämpft haben, so auch die Söhne stehen werden, ob sie aus sozialdemokratischen Familien kom-men oder anderen Familien — das ist ganz egal, sie sind Deutsche (leb. Beifall) und werden als deutsche Männer ihre deutsche Pflicht tun. (Leb. anhaltender Beifall, Zurufe u. Unruhe b. d. Toge.)

Der Abg. Müller-Meiningen hat das Verhältnis zwischen dem Chef des Militärkabinetts und mir zur Sprache gebracht. Wenn er mit seinen Ausführungen andeuten wollte, daß ich in der mir zugehenden Aufgabe als Kriegsminister meine Befugnisse nicht wahrnehmen würde, so bin ich überrascht, daß ich einen so schwa-chen Eindruck gemacht habe. Er beruht auf Täuschung. (Große Heiterkeit.) Ich werde mir von niemand etwas nehmen lassen. (Beifall.) In meiner bisherigen Amtsführung habe ich noch gar nichts bemerkt und halte es auch für ganz unwahrscheinlich, daß der Chef des Militärkabinetts irgendwelche düsteren Absichten auf Einbruch in ein fremdes Arbeitsgebiet hegen sollte. (Heiterkeit.) Er hat in seinem eigenen Ressort genug zu tun. Es wird bei diesen Diskussionen immer überleben, daß der Chef des Militärkabinetts und der Kriegsminister sich doch nicht gegenüber-stehen wie die beiden Löwen in der Wüste, die sich aufraffen bis auf die Schwänze. (Große Heiterkeit.) Ueber dem Chef des Militärkabinetts und dem Kriegsminister steht beinahe kein Schein, sondern der König von Preußen. (Beifall rechts.)

Der König von Preußen hat bei der Einrichtung des Mil-itärkabinetts bestimmt, daß die Stellung des Kriegsministers da-von nicht berührt werden soll, ebenso daß der Kriegsminister von allem Kenntnis erhalten soll. Und die königliche Führung würde von diesen Befugnissen abstrahieren Organe — darauf können Sie sich verlassen — sehr bald wieder auf den rechten Weg bringen. Die Gefahr einer Verschiebung der in Rede stehenden Verhältnisse ohne Änderung der Grundlagen, auf denen sie beruhen, ist also nicht sehr bedrohlich. Die Herren, die davon gesprochen haben, müssen also eine solche Veränderung dieser Grundlagen bewußt oder unbewußt im Auge haben. Um das nachzuprüfen, möchte ich etwas weiter ausführen. Ich halte mich dabei an meine An-gelegenheiten, weil die Angelegenheit so wichtig erscheint, um sie frei zu behandeln. Die Befugnisse des Königs von Preußen gegenüber dem preussischen Heer sowie gegenüber den durch Kon-vention angegliederten anderen Staaten sind in der preussischen Verfassung enthalten und durch die Reichsverfassung erweitert, oder in keinem Punkte eingeschränkt worden. Der Kaiser übt diese Befugnisse innerhalb des Gesetzes vollständig selbstständig aus. Ein Mitwirkungsrecht des Reichstages besteht daher in keiner Weise, wobei natürlich nicht bestritten werden soll, daß der Reichstag zuständig ist, bei der gesetzgeberischen Arbeit seine Wünsche hinsichtlich des Militärs in der Sprache zu bringen. (Zustimmung rechts.) Welchen Umfang die könig-lichen Befugnisse haben, ergibt sich u. a. aus der Offiziersstellen-beurteilung. Da es sich hierbei, wie Sie wissen, um die Personalien von mehr als 30 000 Offizieren und fast ebensoviel Offizieren des Auslandes handelt, brauche ich nicht mehr darzulegen, welche Arbeitsleistung hierbei allein zu erledigen ist. Die pein-liche Sorgfalt aber, mit der diese Arbeit getan wird, wird jedem klar sein, der sich an die unbestreitbare Wahrheit hält, daß der Geist der Armee in ihren Offizieren liegt. Zur Erledigung solcher Befugnisse bedarf der König eines Organs, das seine Entscheidungen geschäftsmäßig vorbereitet und seine Be-fehle erteilt. Dies Organ ist das Militärkabinett. Diese Dar-legung, die ich schon einmal gehalten habe, hielt ich für notwendig zu wiederholen nach dem, was Dr. Müller-Meiningen gesagt hat. Das Militärkabinett ist nach außen hin also seine selbstständige Be-hörde, sondern arbeitet lediglich nach den Anweisungen des Kaisers. Infolgedessen ist der Kabinettschef nur dem König verantwortlich und sonst niemand.

Zweifelslos könnte der König die Angliederung des Kabinetts an das Kriegsministerium verfügen. Dieser Zustand hat früher schon bestanden. Dann würde der Kriegsminister die Verant-wortung des Kabinetts dem Kaiser gegenüber tragen müssen. Im übrigen aber würde sich nichts ändern. Insbesondere läme eine Ministerverantwortlichkeit gegenüber den ge-sehgebenden Körperschaften auch in den hier in Betracht kommen-den Angelegenheiten nicht in Frage. (Unruhe b. d. Toge.) Dabei würde aber eine Änderung der Reichsverfassung, die hier in diesem Hause diskutiert werden kann, noch gar nicht nötig. Viel mehr wäre eine Änderung der preussischen Ver-fassung unentbehrliche Voraussetzung. Denn es besteht nicht der geringste Zweifel, daß der Zustand, wie ich ihn schilderte, in Preußen bei Gründung des Reichs verfassungsrechtlich volle Gültig-keit hatte und durch die Reichsverfassung nicht geändert ist. Darnach werden Sie die äußeren Schwierigkeiten bemessen kön-nen, die sich aus der Verwirklichung einer solchen Absicht ergeben würden. Die inneren sind aber noch viel größer. Sie sind darin begründet, daß diese Absicht den Reichsinteressen nicht förderlich sein wird, weil sie Preußen denjenigen Einrichtungen berauben würde, die die Schaffung und Erhaltung des Reiches ver-danken. Allein dadurch, daß das preussische Heer durch die Ver-fassung dem Reichsgebiet und der Einwir-kung ehrgeiziger Parteiführer entrückt wurde (Dr. Unruhe u. Lärm b. d. Toge), daß es einem Willen, dem des Königs untersteht, ist es das geworden, was es ist: Der sichere Hort des Friedens nach außen und nach innen. Es wäre ein Fehler ohne gleichen, wenn man nach allem, was in der Welt vorgeht, daran denken wollte, an diesem Grundpfeiler unseres Heeres zu rütteln. (Leb. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Haack (Elbfelder):

In dem Zabrner Falle ist dem elbischen Volke durch die Regierung schwerer Unrecht zugefügt worden; ohne die Umstände zu prüfen, traten die führenden deutschen Kreise auf die Seite des Heeres. Es ist eine Verleumdung, daß das elbische Volk die deutsche Armee hasse. Bei den letzten Wahlen haben die Kommandeure der Regimenter öffentlich die göttliche Auf-nahme gelobt, und in Berlin erschienen nationalistische Blätter, den Soldaten sei der Trunk Wasser verweigert worden! Die Zabrner Bevölkerung hat die zurückkehrenden Werksleute ausgenommen; die Zabrner haben gegen das Heer des Offizier-korps nichts, und der neue Kommandeur hat sich geschicklich ein-gefügt. Durch den Gelah der neuen Kabinetsorder ist das Verhalten des Militärs in Zabrern indirekt verurteilt worden.

Generalmajor Hr. von Langemann und Orsenkamm:

Die Militärverwaltung überläßt es den politischen Soldaten vollständig selbständig, ob sie polnisch oder deutsch berichten wollen.

Das Haus verlangt sich.

Abg. Liebknecht (Toge, persönlich):

Der Kriegsminister muß sich bei seinen Angaben über den Jugendtag in Stuttgart auf die Berichte von Spikeln und Fälschern verlassen haben.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.):

Ich halte aufrecht, daß Musterungen nach konfessionellen Rück-sichten vorgenommen werden. Im Kreis Hammerstein wurden am 25. März die Protestanten, aber nicht die Katholiken gemustert.

Abg. Dr. Liebknecht (Toge):

Ueber den Stuttgarter Jugendtag ist ein offizielles Protokoll erschienen. Der Kriegsminister muß sich also auf Spikeln stützen. Donnerstag 2 Uhr: Antrag Sped. betr. Nichtanwendbarkeit der Aufzeichnungen an soldatenteilige Familien, Befolgungsgesetz Militärrelat. Schluß 7 1/2 Uhr.